

P r o t o k o l l  
über die öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport  
der Stadt Georgsmarienhütte vom 19.11.2015  
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173.

**Anwesend:**

Vorsitzender

Haskamp, Clemens Dr.
----------------------

Mitglieder

Dierker, Annalena	
Düssler, Frank	
Funke, Petra	
Grothaus, Ludwig	Vertretung für Herrn Laermann
Jantos, Annette	Vertretung für Herrn Jakob
Kir, Emine	Vertretung für Frau Olbricht
Lüchtefeld, Johanna	
Noureldin, Nabil Dr.	
Ruthemeyer, Christoph	
Schmechel, Peter	
Schmeing-Purschke, Ulrike	
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich	

Verwaltung

Happe, Cordula	Leiterin Fachbereich III
Pohlmeyer, Michael	Leiter Abt. 40
Hornstein, Anton	Städt. Architekt
Börger, Johannes	Kulturreferent; bis TOP 5
Krüger, Nele	Pressestelle

Protokollführer/in

Dreier, Michael
Konerding, Heike

Hinzugewählte

Heetderks, Gabriele	Vertretung für Herrn Reinhardt
Wickel, Ulrike	

Fehlende Mitglieder

Jakob, Georg	Vertreten durch Frau Jantos
Laermann, Reimund	Vertreten durch Herrn Grothaus
Olbricht, Jutta	Vertreten durch Frau Kir

Fehlende Hinzugewählte

Sauer, Michael	Entschuldigt
Fehren, Stefan	Entschuldigt

Galuba, Christine	Entschuldigt
Malinowski, Andra	Entschuldigt
Reinhardt, Mark	Vertreten durch Frau Heetderks

**Beginn:** 18:00 Uhr

**Ende:** 20:30 Uhr

### T a g e s o r d n u n g

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. III/09/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 08.10.2015
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Schulentwicklungsplanung
3.2.	Antrag der Tabi Kids Bad Laer e.V. auf Bezuschussung des Ganztagsangebotes
3.3.	Zuwendungsbescheid für die Schaffung von Krippenplätzen in der Kita St. Georg
3.4.	Kindertagesstätte St. Johannes Vianney
3.5.	Projekt „Schülerpraktikum in der Politik“ im Jahr 2015
3.6.	Familienpass
3.7.	Sachstandsbericht zu aktuellen Maßnahmen des ZGM
4.	Anfragen - Stabsstelle des Bürgermeister - Kultur
4.1.	Gemeinsame Homepage mit St. Macaire
4.2.	Kosten für den "Feuerabend"
5.	Entwurf des Budgets 2016 für den Teilhaushalt 10 - Kultur Vorlage Nr. MV/040/2015
6.	Entwurf des Fachbereichsbudgets III 2016 Vorlage: MV/043/2015
6.1.	Entwurf des Fachbereichsbudgets III 2016 - Antrag der AWO auf Refinanzierung einer Hauswirtschaftskraft Vorlage: MV/043/2015/1

- 7. Einrichtung jeweils einer Sprachlernklasse an der Regenbogenschule und der Freiherr-vom-Stein-Schule zum 01.02.2016  
Vorlage: BV/224/2015
- 7.1. Einrichtung einer Sprachlernklasse an der Sophie-Scholl-Schule (Außenstelle) zum 01.02.2016  
Vorlage: BV/224/2015/1
- 8. Antrag der kath. Kirchengemeinde Herz-Jesu, Alt-Georgsmarienhütte, auf Bezuschussung einer Rohrsanierung bei der Kindertagesstätte St. Georg  
Vorlage: BV/205/2015
- 9. Änderung der Richtlinien der Stadt Georgsmarienhütte über die Ehrung und Auszeichnung für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Sports  
- abgesetzt
- 10. Beantwortung von Anfragen
- 11. Anfragen
- 11.1. Umweltgefährdung durch Gummigranulat
- 11.2. Umsetzung der Vorgaben der aktuellen Energieeinsparverordnung (EnEV) im Rathaus
- 11.3. Sachspenden bei Kindertagesstätten
- 11.4. Elternbefragung zur IGS  
- Beschluss des Rates vom 01.10.2015

## **1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Da die Ausschussvorsitzende Frau Olbricht verhindert ist, liegt die Sitzungsleitung beim stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Dr. Haskamp. Er eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Mit einer vor Sitzungsbeginn verteilten Tischvorlage wird die Tagesordnung vom 05.11.2015 dahingehend geändert, dass TOP 5 umbenannt wird in „Entwurf des Budgets 2016 für den Teilhaushalt 10 – Kultur“. Mit Schreiben vom 13.11.2015 war mitgeteilt worden, dass der TOP 9 abgesetzt und direkt im VA am 09.12.2015 behandelt werden soll. Aufgrund eines erst am 18.11.2015 eingegangenen Antrags der Sophie-Scholl-Schule wird die Tagesordnung um den Punkt „Einrichtung einer Sprachlernklasse an der Sophie-Scholl-Schule (Außenstelle) zum 01.02.2016“ erweitert. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 10 der Geschäftsordnung des Rates fragt der stellvertretende Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

## **2. Genehmigung des Protokolls Nr. III/09/2015 über die öffentliche Sitzung**

**des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am  
08.10.2015**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

**Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Das Protokoll Nr. III/09/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 08.10.2015 wird genehmigt.

**3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung**

**3.1. Schulentwicklungsplanung**

Entsprechend dem Beschluss des Rates vom 01.10.2015 hat die Stadt Georgsmarienhütte dem Landkreis Osnabrück die Beschlusslage zur Durchführung einer Elternbefragung mitgeteilt und um weitere Veranlassung gebeten.

Mit Schreiben vom 02.11.2015 hat der Landrat den Eingang des Schreibens bestätigt. Er hat den Beschluss zur Kenntnis genommen und wird ihn im laufenden Entscheidungsprozess berücksichtigen.

**3.2. Antrag der Tabi Kids Bad Laer e.V. auf Bezuschussung des Ganztagsangebotes**

Mit Schreiben vom 01.11.2015 hat der Verein Tabi Kids Bad Laer e.V. einen Zuschuss für das Ganztagsangebot der Susanne – Raming – Schule (Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung) für das Schuljahr 2015/2016 gestellt. 25 Kinder aus Georgsmarienhütte nehmen dieses Angebot in Anspruch. Die Stadt Georgsmarienhütte fördert das Angebot mit 5 € pro SchülerIn aus Georgsmarienhütte pro Monat, mithin mit einem Zuschuss in Höhe von 1.500 €.

**3.3. Zuwendungsbescheid für die Schaffung von Krippenplätzen in der Kita St. Georg**

Mit Schreiben vom 20.10.2015 hat die Nds. Landesschulbehörde der Stadt Georgsmarienhütte eine Zuwendung in Höhe von 180.000 € für die Schaffung von 15 Krippenplätzen in der Kindertagesstätte St. Georg bewilligt. Die Fördermittel, die nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT IV) gewährt werden, werden an den Träger der Kindertagesstätte weitergeleitet. Der städtische Zuschuss bzw. die Vorfinanzierung zum Bauvorhaben reduziert sich um die entsprechende Summe. Details werden unter TOP 6 erörtert.

**3.4. Kindertagesstätte St. Johannes Vianney**

Die Kinderkrippe der Kindertagesstätte St. Johannes Vianney hat am Montag, 16.11.2015, ihren Betrieb aufgenommen. Die Betreuungszeit der beiden Krippengruppen umfasst die Zeit von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr. Für die Zeit ab 7.30 Uhr wird eine Frühbetreuung angeboten, die die Stadt fördert.

Für die Spätbetreuung wird keine Förderung gewährt, da dieses Angebot lediglich von 5 Kindern in Anspruch genommen würde und somit eine Mindestauslastung von 50 % nicht erreicht wird.

### 3.5. Projekt „Schülerpraktikum in der Politik“ im Jahr 2015

Das im Jahr 2014 überarbeitete Projekt „Schülerpraktikum in der Politik“ wurde im Jahr 2015 von den Schulen wie folgt durchgeführt:

#### Comeniusschule

Rathausführung für die 9. Klasse (2x) am 25.02.2015

#### Gymnasium Oesede

Politiker/innen im Unterricht der 8. Klasse am 02.03.2015

Politiker/innen im Unterricht der 8. Klassen (2x) am 17.06.2015

#### Realschule

Rathausführung für eine 8. Klasse am 17.06.2015

Die Schulen wurden jetzt nochmals auf das bestehende Projekt hingewiesen.

Wünschenswert ist eine Fortführung des Projektes auch im Schuljahr 2015/2016.

Die Projektmodule (Rathausführung, Stadtrundfahrt und Politiker/innen im Unterricht) stehen weiterhin zur Verfügung.

Kommunalpolitisch interessierte Schüler/innen können ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus Klasse 8 (bzw. Klasse 9) vertiefen, indem sie Kommunalpolitiker bei ihrer Arbeit begleiten und an Fraktions-, Fachausschuss- und Ratssitzungen teilnehmen. Bei Interesse kann der Projektplan durch ein weiteres Modul ergänzt werden.

### 3.6. Familienpass

Ein Bürger der Stadt Georgsmarienhütte hat beantragt, die Richtlinie für die Herausgabe des Georgsmarienhütter Familienpasses zu ändern und das Alter der zur Berechnung herangezogenen Kinder, das zurzeit auf 16 Jahre begrenzt ist, analog den gesetzlichen Regelungen zum Kindergeld anzupassen.

Für eine Änderung der Richtlinie sind zunächst weitere Mittel in den Haushaltsplan 2016 einzustellen.

### 3.7. Sachstandsbericht zu aktuellen Maßnahmen des ZGM

#### 1. Sporthalle Graf- Ludolf- Schule:

Der Gymnastikraum im Untergeschoss ist nach einem Wasserschaden an der Heizungsanlage seit dem 02.11.2015 vorsorglich gesperrt. Die Versicherung ist informiert, die Begehung durch den Sachverständigen zur Schadensermittlung hat stattgefunden.

Im Ergebnis muss der gesamte Bodenaufbau (BJ ca. 1962) bestehend aus einem einfachen Schwingboden mit Parkettoberbelag auf mit Sperrpappe abgedichtetem Sandboden ausgetauscht werden.

Die obere Halle ist in Benutzung, die Heizungsanlage ist derzeit außer Betrieb. Warmwasser ist in Betrieb. Die Nutzer sind informiert. Die Heizungsanlage soll in der ersten Dezemberwoche soweit wiederhergestellt sein. Die untere Halle bleibt bis auf weiteres gesperrt.

#### 2. Waldbühne

Die anhaltenden Regenfälle vom 15.11.2015 haben bedingt durch den erneuten Pumpenausfall zu einer Überschwemmung im Bühnenbereich geführt. Das Wasser wurde abge-

pumpt. Aktuell wurde eine Pumpe der Feuerwehr installiert. Es wird kurzfristig eine redundante Doppelpumpenanlage installiert und mit einem akustischen Alarm ausgerüstet, um eine dauerhafte Lösung des Problems zu gewährleisten.

3. Notunterkunft Kolpingstraße (ehem. DRK- Heim):

Die Arbeiten zum weiteren Ausbau des ehemaligen DRK- Heims zur Notunterkunft zur Aufnahme von Flüchtlingen ist angelaufen. Die Fertigstellung wird zum Ende des Jahres erwartet.

4. Jugendheim Kirchengemeinde St. Peter und Paul:

Von Seiten der kath. Kirchengemeinde St. Peter und Paul wurden im Obergeschoss des Jugendheimes 3 Räume + WC und Pantryküche zur Nutzung als Notunterkunft angeboten.

Eine Nutzungsvereinbarung mit dem BGV liegt der Verwaltung zur abschließenden Abstimmung vor. Die Räume werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Renovierungskosten und Betriebskosten gehen zu Lasten der Stadt. Die Stadt stellt einen entsprechenden Nutzungsänderungsantrag beim Landkreis. Die Räumlichkeiten sollen im Dezember zur Nutzung bereitstehen.

5. Schaden Dachabdichtung Sporthalle Zur Waldbühne:

Im Zusammenhang mit einem Sturmschaden Frühjahr 2015 stellte sich heraus, dass die seinerzeit ausführende und noch in der Gewährleistung befindliche Firma einen Insolvenzantrag gestellt hat. In diesem Zusammenhang muss die Schadenshöhe bis zum Ende des Monats in der Insolvenztabelle angemeldet werden. Aus diesem Grund ist nach juristischer Beratung ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger mit der Begutachtung des Schadens beauftragt. Das Kurzgutachten und die Kalkulation liegen seit heute vor. Die Schadenshöhe, incl. Begutachtung, begleitende Maßnahmen, Notsicherung und Nebenkosten beläuft sich nach heutiger Hochrechnung auf rund 190.000 EUR.

6. Kita Harderberg:

Die Krippe der Kindertagesstätte St. Johannes Vianney am Harderberg hat am 16.11.2015 den Betrieb aufgenommen. Die bauordnungsrechtliche Abnahme ist erfolgt. Aktuell laufen nebenher noch Restarbeiten an den Außenanlagen im Bereich der asphaltierten Fläche östlich vom Kindergartengebäude, sowie Restarbeiten im Altbaukeller und die Mängelbeseitigung. Die Restarbeiten und Mängelbeseitigungen sollen bis Weihnachten abgeschlossen sein.

7. Aufzugsanlage Antoniusschule:

Die Hauptaufzugsanlage an der Antoniusschule soll in der kommenden Woche in Betrieb genommen werden. Die baulichen Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung im Rahmen der Inklusion sind damit vorerst abgeschlossen.

[Ergänzung: Die Aufzugsanlage ist am 24.11.2015 in Betrieb gegangen.]

8. Freitreppe Grundschule Harderberg:

Die Haupteingangstreppe ist mit Ende der Herbstferien zur Nutzung freigegeben worden. Restarbeiten werden diese Woche abgeschlossen sein.

9. Sporthalle Harderberg:

Der Bauabschnitt 1 von insgesamt 3 ist abgeschlossen. Die Halle wurde am 21.09.2015 an Verein und Schule zur Nutzung übergeben (Maßnahmen: Austausch Sportboden und Wärmeübergabe, Prallwände und Geräteraumtore, sowie die Neuordnung Sporthallengänge und des Regiebereiches mit angrenzenden Nebenräumen, zusätzliche Notausgangstüren und teilweise Erneuerung der Sportgeräte (hochziehbare Tore / Sprossenwände / elektrisch verfahrbare Basketballkörbe).

4. **Anfragen  
- Stabsstelle des Bürgermeister - Kultur**

#### **4.1. Gemeinsame Homepage mit St. Macaire**

Ausschussmitglied Herr Düssler bittet um Auskunft, wie weit die Entwicklung einer gemeinsamen Homepage der Partnerschaftskomitees von St. Macaire und Georgsmarienhütte ist.

Antwort der Verwaltung:

In der letzten Sitzung des Partnerschaftskomitees sind zwei Entwürfe vorgestellt worden, über die jetzt weiter beraten wird.

#### **4.2. Kosten für den "Feuerabend"**

Ausschussmitglied Herr Schmechel bittet um Auskunft, wieviel die Stadt Georgsmarienhütte der „Feuerabend“ gekostet habe.

Antwort der Verwaltung:

Der „Feuerabend“ ist eine Veranstaltung der City-Gemeinschaft. Die Stadt ist daran finanziell nicht beteiligt.

### **5. Entwurf des Budgets 2016 für den Teilhaushalt 10 - Kultur Vorlage Nr. MV/040/2015**

Ausschussmitglied Herr Düssler kritisiert, dass im Haushaltsplanentwurf kein Ansatz für eine Neugestaltung des Umfeldes der Villa Stahmer enthalten ist, obwohl hierzu eine Zukunftswerkstatt mit Vertretern von Politik, Verwaltung und interessierten Bürgern veranstaltet wurde. Hier sollte zumindest durch die Einsetzung eines kleinen Startbetrages ein Signal gesetzt werden, dass die Maßnahme auch umgesetzt werden soll und die Zukunftswerkstatt nicht umsonst getagt hat.

Ratsmitglied Frau Jantos warnt in diesem Zusammenhang davor, durch die ständige Einsetzung von Planerrunden und Zukunftswerkstätten bei den Bürgern falsche Erwartungen zu wecken, wenn weder klare Konzepte noch finanzielle Mittel vorhanden sind, um eine Umsetzung zu gewährleisten.

Fachbereichsleiterin Frau Happe weist darauf hin, dass eine Umsetzung Aufgabe des ZGM wäre. Unter Verweis auf die Prioritätenliste des ZGM und die bereits bei den Klausurtagungen der Ratsfraktionen von CDU und SPD diskutierte Grenze der personellen Kapazitäten des ZGM könne diese Maßnahme nur umgesetzt werden, wenn eine andere Maßnahme zurückgestellt wird. Ansonsten müsse die Neugestaltung, auch wenn Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, in der Priorität nach hinten gestellt werden.

Ratsmitglied Frau Jantos pflichtet der Auffassung von Frau Happe bei und sieht eine parallele Situation auch bei der Partnerschaftsarbeit gegeben. Wenn hier eine Ausweitung und Intensivierung der Partnerschaftsarbeit gewollt sei, benötige man dazu zusätzliche personelle Kapazitäten. Dies sei, wie auch eine personelle Verstärkung des ZGM, zwar grundsätzlich ein Beratungsgegenstand für den Finanzausschuss, jedoch sollte auch der Fachausschuss über diese Problematik diskutieren.

Ausschussmitglied Herr Düssler ist der Auffassung, dass Städtepartnerschaft in erster Linie ein Kontakt zwischen Bürgern ist und daher in der Partnerschaftsarbeit zuerst bürgerschaftliches Engagement statt der Verwaltung gefordert sei.

Kulturreferent Herr Börger verweist auf das Treffen mit den Vertretern von Rat und Verwaltung aus Ramat Hasharon im Sommer, bei dem schon deutlich gemacht worden war, dass zusätzliche Maßnahmen in den Beziehungen und die Koordination solcher Maßnahmen mit den israelischen Partnern Aufgabe der für diese Städtepartnerschaft zuständigen städtischen Jugendpflegerin Martina Möllenkamp sei; von ihr aber mit der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitszeit so nicht leistbar ist.

Die Verwaltung muss aber, nicht nur in Bezug auf Ramat Hasharon, selber aktiv werden und Projekte anstoßen. Rein bürgerschaftliches Engagement reicht dazu nicht aus. Dann jedoch braucht die Verwaltung dazu zusätzliche personelle Ressourcen.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer ist ebenfalls der Auffassung, dass die Frage der personellen Ausstattung im Fachausschuss diskutiert werden müsste. Dabei sei aber von Bedeutung, welche Konzepte Grundlage für die Partnerschaftsarbeit sein sollen und was dies für Konsequenzen für die personelle Ausstattung hat. Daher solle sich der Fachausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen zunächst einmal mit den Inhalten und Konzepten der Partnerschaftsarbeit, auch im Vergleich zu anderen Kommunen, beschäftigen, bevor über zusätzliche Mittel diskutiert wird.

Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einmütig einverstanden.

Ausschussmitglied Frau Dierker erklärt für die CDU-Fraktion, dass der Ansatz für die Bühnenentwicklung der Waldbühne gestrichen werden solle. Die Waldbühne habe in den vergangenen Jahren erhebliche städtische Mittel für den Ausbau der Infrastruktur erhalten.

Ratsmitglied Frau Jantos weist darauf hin, dass die städtischen Fördermittel immer auch dazu gedacht waren, die Einwerbung von Drittmitteln zu ermöglichen, die in der Regel eine kommunale Co-Finanzierung zur Bedingung haben und schlägt vor, den Ansatz ggf. in der Priorität 2 zu veranschlagen.

Ausschussmitglied Herr Düssler ist dagegen der Auffassung, dass die Waldbühne im Vergleich zu anderen Institutionen in Georgsmarienhütte schon sehr viel finanzielle Unterstützung seitens der Stadt erhalten habe. Weitere Fördermittel werde es für die nächsten 2 bis 3 Jahre nicht geben. Es sei daher ein faires Zeichen, wenn man jetzt klar zum Ausdruck bringe, dass keine Mittel zu erwarten sind, statt mit einer Veranschlagung in Priorität 2 falsche Erwartungen zu wecken.

Über den Antrag der CDU-Fraktion lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**7 Ja**

**6 Nein**

**Es ergeht mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung.**

Der Ansatz von 10.000 € unter der Nummer I10-12-007 – Bühnenentwicklung Waldbühne im Finanzhaushalt des Teilhaushalt 10 – Kultur, wird ersatzlos gestrichen.

Danach wird über die restlichen Positionen des Teilhaushaltes, wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

**9 Ja**

**4 Enthaltungen**

**Es ergeht einstimmig bei 4 Enthaltungen folgende Beschlussempfehlung:**

Der Haushaltplanentwurf 2016 des Teilhaushaltes 10 – Kultur, wird - mit Ausnahme der Position I10-12-007 - im Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt in der vorliegenden Form beschlossen.

**6. Entwurf des Fachbereichsbudgets III 2016  
Vorlage: MV/043/2015**

**ERGEBNISHAUSHALT**

## Teilhaushalt 09 – Bildung und Sport

### 211.01.01 Grundschulen

### 212.01.01 Hauptschulen

#### FSJ-Stellen für Sprachlernklassen

Zu Beginn der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt wird auf die Anträge der zwei Grundschulen Freiherr-vom-Stein und Regenbogen auf Einrichtung jeweils einer Sprachlernklasse (TOP 7) sowie den gleichlautenden Antrag der Sophie-Scholl-Schule, der zu Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt worden ist (TOP 7.1), hingewiesen.

Bei Einrichtung der bereits vorhandenen Sprachlernklassen an der Michaelisschule und der Realschule Georgsmarienhütte sind einheitliche Standards festgeschrieben worden, zu denen u.a. die Schaffung jeweils einer FSJ-Stelle gehört. Der Einsatz einer FSJ-Kraft ist von den beiden Schulen zwischenzeitlich als äußerst wichtig und hilfreich bewertet worden.

Die Beschlussvorschläge beinhalten neben der Beantragung der drei erforderlichen Sprachlernklassen bei der Landesschulbehörde die Einrichtung jeweils einer FSJ-Stelle, für die dann für das Haushaltsjahr 2016 Mittel von insgesamt nunmehr 21.000 € in den Haushalt einzustellen wären.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer befürwortet für die SPD / DIE LINKE – Gruppe die Finanzierung der FSJ-Stellen durch die Stadt.

Auch Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer stimmt für die CDU-Fraktion der Veranschlagung der notwendigen Mittel zu, hinterfragt aber eine mögliche Refinanzierung durch das Land Niedersachsen. Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass das Land für die Einrichtung einer Sprachlernklasse die erforderlichen zusätzlichen Lehrerstunden zur Verfügung stellt. Die Einstellung von FSJlern ist nicht zwingend vorgeschrieben, wird aber von der Stadt als sinnvolle Unterstützung gewertet und aus diesem Grund auch bezahlt.

#### **Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:**

Im Produkt 211.01.01 – Grundschulen werden für die Finanzierung von zwei weiteren FSJ-Stellen in DaZ-Klassen 14.000 € zur Verfügung gestellt.

Im Produkt 212.01.01 – Hauptschulen wird für die Finanzierung einer weiteren FSJ-Stelle in einer DaZ-Klassen 7.000 € zur Verfügung gestellt.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert dem Fachausschuss im Folgenden Veränderungen im Ergebnishaushalt gegenüber dem Haushaltsentwurf, die keiner weiteren Beratung bedürfen:

- Der **Jahresbeitrag des Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes** hat sich um 7.000 € erhöht.
- Der Ansatz für die **Bezuschussung der Stadtbibliothek** ist nach der gemeinsamen Sitzung des Rates um 6.900 € abgesenkt worden.
- Im Ansatz für den Betrieb der Kindertagesstätten sind die **tariflichen Veränderungen nicht enthalten**. Wann und in welcher Form die Tarifierhöhung von den verschiedenen Trägern umgesetzt werden wird, ist der Verwaltung nicht bekannt. Gerechnet nach dem TVöD geht die Verwaltung aber bei einer Wirksamkeit in 2016 von einer Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 80.000 € (ab 01.07.2015: Tarifsteigerung um 4,25 %) und Mehrkosten im Jahr 2016 von 275.000 € (ab 01.01.2016: Tarifsteigerung um weitere 3 %) aus.

### 365.01.01 – Tageseinrichtungen für Kinder

#### Refinanzierung einer Hauswirtschaftskraft in Kindertagesstätten

Zur Sitzung des Fachausschusses am 08.10.2015 lag ein Antrag der AWO auf Refinanzierung einer Hauswirtschaftskraft in der Kindertagesstätte Holzhausen vor. Im Rahmen der Beratungen wurden von der SPD / DIE LINKE – Gruppe zu diesem Antrag eine Reihe von Fragen zur Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten gestellt. Die Beantwortung dieser Fragen wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung schriftlich gegeben.

Die SPD / DIE LINKE – Gruppe hat daraufhin zur heutigen Sitzung einen Antrag auf pauschale Finanzierung (abhängig von der Anzahl der Kinder, die am Mittagessen teilnehmen) einer Hauswirtschaftskraft in Kindertagesstätten vorgelegt, die mit der Tischvorlage zu Beginn der Sitzung verteilt worden ist.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erläutert kurz diesen Antrag und betont, dass es nicht Aufgabe des pädagogischen Personals einer Kita sei, hauswirtschaftliche Tätigkeiten zu verrichten.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Dr. Haskamp gibt zu bedenken, dass hinsichtlich der Situation des Gesamthaushaltes 2016 der Stadt Georgsmarienhütte bereits alle bestehenden, freiwilligen Leistungen der Stadt zu überprüfen sind, um das aktuell bestehende Defizit von 2,4 Mio. Euro zu decken. Eine Ausweitung auf weitere, dauerhafte Leistungen sei daher nicht geboten. Zudem habe er von einer Einrichtungsleitung erfahren, dass die Ausgabe des Mittagessens für die Mitarbeiterinnen kein Problem darstelle und kein zwingender Wunsch zur Abänderung der Situation bestehe. Zudem sehe er die Betreuung der Kinder beim Mittagessen durch Erzieherinnen eher als pädagogischen Auftrag, da im wirklichen Leben in der Familie in der Regel das Mittagessen auch nicht durch spezielles Dienstpersonal ausgeteilt werde.

Da die Teilnahme am Mittagessen in einer Einrichtung auf Wunsch der betreffenden Eltern erfolge, sei es grundsätzlich auch Aufgabe der Eltern die Kosten für die Mittagsverpflegung einschließlich der damit zusammenhängenden Arbeiten zu tragen. Ggf. müsste dann über die Erhebung eines entsprechenden Elternbeitrages der Einsatz einer Hauswirtschaftskraft finanziert werden.

Die CDU-Fraktion lehne daher den vorliegenden Antrag sowohl der AWO als auch der Gruppe SPD / DIE LINKE ab.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer ergänzt, dass er sich in der AWO-Kindertagesstätte Holzhausen selbst ein Bild von der Situation beim Mittagessen gemacht habe und dass die dort eingesetzte Hauswirtschaftskraft überwiegend mit vor- und nachbereitenden Arbeiten rund um die Ausgabe des Mittagessens sowie die Wäsche beschäftigt ist. Er sieht die Betreuung und Unterstützung der Kinder beim Mittagessen ebenfalls als pädagogischen Auftrag, da diese Arbeiten auch in der Familie gemeinsam verrichtet werden sollten.

Das beratende Mitglied im Jugendausschuss, Frau Wickel, berichtet aus dem Haus der kleinen Füße, dass die pädagogischen Fachkräfte die Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausgabe und der Einnahme des Mittagessens nicht als zeitliche Überforderung sondern eher als pädagogischen Einsatz sehen.

Ausschussmitglied Frau Funke ist der Ansicht, dass die Frischzubereitung von Mittagessen vor Ort aus Qualitätsgründen sehr wünschenswert sei, aber derzeit finanziell wohl nicht leistbar ist.

Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt, dass in vielen Kindertagesstätten keine geeigneten Kochküchen, sondern nur Austeilküchen vorhanden sind. Daher würde eine Umstellung auf vor Ort gekochte Mittagsverpflegung auch bauliche Investitionen nach sich ziehen.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erwidert, dass es in dem Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE auch nicht darum gehe, den Kindertagesstätten die Frischzubereitung von Essen vorzugeben, sondern dass man bei Zahlung eines pauschalen Zuschusses die Art der Verwendung den Einrichtungen überlassen sollte.

Er verweist auf die Mittagsverpflegung in den Schulen, die auch vollständig über städtisches Personal abgewickelt wird. Was in den Grundschulen üblich ist, sollte auch in den Kindertagesstätten möglich sein.

Sodann lässt der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Dr. Haskamp über den Antrag der AWO und den ergänzenden Antrag der SPD / DIE LINKE – Gruppe abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

**5 Ja**

**8 Nein**

**Damit ist der Antrag der AWO und der SPD / DIE LINKE – Gruppe mehrheitlich abgelehnt.**

Zuschuss an die Kita St. Georg

Ergänzend zu den aktuellen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in der Kindertagesstätte St. Georg, Alt-Georgsmarienhütte, beabsichtigt die Kath. Kirchengemeinde Herz-Jesu, den Fußboden im Eingangsbereich der Einrichtung zu sanieren und beantragt entsprechend den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Kindertagesstätten für die zusätzliche Sanierungsmaßnahme einen Zuschuss in Höhe von max. 8.000 €.

**Diesem Antrag wird einstimmig stattgegeben.**

**421.01.01 Förderung des Sports**

Zuschüsse nach den Richtlinien über die finanzielle Förderung der Sportvereine in der Stadt Georgsmarienhütte

Für die Förderung der Sportvereine in der Stadt Georgsmarienhütte sind im aktuellen Haushalt 150.000 € zuzüglich weiterer 30.000 € in der Priorität 2 eingestellt. Für das Haushaltsjahr 2016 hat die Verwaltung erneut 150.000 € in den Ergebnishaushalt eingestellt, aber auf die Mittel in der Priorität 2 ist verzichtet worden.

Frau Jantos beantragt für die SPD / DIE LINKE – Gruppe, wie auch im laufenden Haushaltsjahr wiederum 30.000 € mit der Priorität 2 einzustellen. Während sich Frau Funke für die Grünen diesem Antrag anschließt, lehnt Frau Schmeing-Purschke diese beantragte Ausweitung des Ansatzes ab.

**Abstimmungsergebnis**

**7 Ja**

**6 Nein**

**Es ergeht mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung**

Beim Produkt 421.01.01 – Förderung des Sports werden 30.000 € zusätzlich für die Förderung der Sportvereine nach der städtischen Richtlinie mit der Priorität 2 eingestellt.

**Teilhaushalt 11 – Soziales**

**313.05.01 – Soziale Einrichtungen für Asylbewerber**

Fachbereichsleiterin Frau Happe teilt mit, dass für die Errichtung und Ausstattung der Notunterkünfte zur Unterbringung der Georgsmarienhütte zugewiesenen Asylbewerber im Jahr 2016 zusätzliche Mittel zu veranschlagen sind. Für die Erstausrüstung mit Möbeln und Hausrat veranschlagt die Verwaltung 225.000 €. In gleicher Höhe ist eine Einnahme eingeplant, da dieser Aufwand durch den Landkreis Osnabrück erstattet wird.

Die Betriebskosten der derzeit im Ausbau befindlichen Notunterkunft Kolpingstraße werden auf 25.000 € veranschlagt. Ein Großteil dieser Aufwendungen wird über die persönlichen

Leistungsansprüche der dort untergebrachten Asylbewerber nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wieder ausgeglichen.

Die Kosten der Investitionen in den Bau weiterer Notunterkünfte werden derzeit noch ermittelt und in Kürze dem VA zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

### **351.07.01 – Sonstige soziale Angelegenheiten**

#### Familienpass

Von der Gruppe SPD / DIE LINKE war zur heutigen Sitzung des Fachausschusses ein Antrag auf Ausweitung des für den Familienpass berechtigten Personenkreises auf Leistungsempfänger ohne Kinder, sowie einer Umbenennung in „Familien- und Sozialpass“ eingereicht worden. Dieser war an die Mitglieder des Fachausschusses mit der Tischvorlage zu Beginn der Sitzung verteilt worden.

Für das Haushaltsjahr 2016 sind - wie in den Vorjahren - für die Leistungen über den Familienpass 75.000 € eingestellt worden. Zur Vorbereitung auf die Sitzung wurde von der Verwaltung, soweit es in der Kürze der Zeit möglich war, ermittelt, dass durch die von den Antragstellern beabsichtigten Ausweitung des berechtigten Personenkreises weitere ca. 800 Personen berechtigt wären, und dass bei Antragstellung durch alle diese zusätzlich berechtigten Personen Mehrkosten in Höhe von ca. 48.000 € zu erwarten wären. Die beabsichtigte Wirkung der Änderung lässt sich jedoch nicht durch eine einfache, redaktionelle Änderung erreichen. Vielmehr sind hier in fast allen Leistungsbereichen eine Reihe von Detailregelungen anzupassen.

Frau Wickel, beratendes Mitglied im Jugendausschuss, regt an, den Familienpass dann künftig „Hüttenpass“ zu nennen. Eine Namensänderung wurde nicht diskutiert.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer kritisiert die sehr kurzfristige Vorlage eines solch umfangreichen Antrages. Damit sei es in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich sich mit der Thematik eingehender zu befassen und im Fachausschuss zu diskutieren.

Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke empfiehlt, den Antrag zur Beratung zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung an den Finanzausschuss zu verweisen.

Fachbereichsleiterin Frau Happe verweist nochmals darauf, dass es sich nicht nur um eine reine Änderung der Überschrift und die Bereitstellung weiterer Mittel handelt, sondern dass damit eine umfangreiche, inhaltliche Änderung der gültigen Richtlinien einhergeht. Dazu sei aber ein gesonderter Beschluss in einer der kommenden Sitzungen des Fachausschusses erforderlich. Man könne hier und jetzt nur über die Einstellung von zusätzlichen Mitteln für den Fall einer entsprechenden Änderung der Richtlinie abstimmen.

Ausschussmitglied Herr Schmechel schlägt vor, der Bitte von Ausschussmitglied Frau Schmeing-Purschke zu entsprechen und über die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel im Finanzausschuss zu beraten. Eine Änderung der Richtlinien könne dann in einer der nächsten Sitzung des Fachausschusses im Detail beraten werden.

Damit erklärt sich der Fachausschuss einmütig einverstanden.

## **Teilhaushalt 19 – Jugend**

### **366.01.01 – Einrichtungen der Jugendarbeit**

#### Umsetzung von Projekten des Jugend-Forum

Für die Umsetzung von Ergebnissen des sich in der Beratung befindlichen Jugend-Forums waren für das Haushaltsjahr 2015 insgesamt 10.000 € eingestellt worden. Nach Abschluss der Beratungen konnte festgestellt werden, dass ein konkretes, kurzfristig umsetzbares Pro-

jekt die Schaffung einer zweiten Skateanlage in Oesede sowie eines Dirlparks in Kloster Oesede sein könnte. Der Fachbereich IV prüft derzeit die bau- und planungsrechtlichen Vorgaben zur Umsetzung dieser Maßnahmen. Daher ist eine Realisierung noch in 2015 nicht mehr möglich. Um zu verhindern, dass das Jugend-Forum quasi ergebnislos zu Ende gegangen ist, schlägt die Verwaltung vor auch in 2016 wieder 10.000 € einzusetzen, um die vorgenannten Projekte doch noch realisieren zu können.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer betont für die CDU-Fraktion die Wichtigkeit des durchgeführten Jugend-Forums und Ratsmitglied Frau Jantos bestätigt für die SPD – DIE LINKE – Gruppe, dass mit dem Forum eine Erwartungshaltung bei den Jugendlichen geweckt worden sei. Sie erkundigt sich nach der Weiterführung des Soundkitchen-Projektes nach dem bevorstehenden Wechsel der offenen Jugendarbeit von der AWO zur Caritas.

Da das Equipment des Soundkitchen-Projektes der AWO gehört, bittet Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer darum, mit der AWO in Kontakt zu treten und über die mögliche Übernahme dieses Equipments durch die Stadt zu verhandeln.

### **Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung.**

In das Produkt 366.01.01 – Einrichtungen der Jugendarbeit werden 10.000 € für die Realisierung von Projekten aus dem Ergebnis des Jugend-Forums eingestellt.

## **Teilhaushalt 18 – Gebäudemanagement**

Nach dem von der Verwaltung bereits mehrfach darauf hingewiesen worden war, dass verschiedene Projekte nicht oder nicht in dem vorgesehenen Zeitrahmen durchgeführt werden können, weil das Zentrale Gebäudemanagement mittlerweile weit über seinem personellen Limit arbeite, erklärt Ratsmitglied Frau Jantos, dass die Gruppe SPD / DIE LINKE diese Überlastung des Personals des Gebäudemanagements ausdrücklich anerkenne. Gleichzeitig erklärt sie für die SPD – DIE LINKE - Gruppe jedoch, dass man die Umsetzung geplanter und angekündigter Maßnahmen – hier namentlich die Neugestaltung des Rehlberg - nicht weiter schieben möchte, da die Politik den Bürgern gegenüber im Wort steht. Sie spricht der Verwaltung, speziell Herrn Hornstein, das Vertrauen aus, beim Auftreten unvorhergesehener und zeitlich unabweisbarer Maßnahmen zu entscheiden, ob und welche der ursprünglich geplanten Maßnahmen zurückgestellt werden können bzw. müssen. Es mache jedoch wenig Sinn, Maßnahmen zu beschließen und Mittel bereitzustellen, wohl wissend, dass man sie nicht umsetzen könne, weil das Personal fehle. Anträge auf dieser Basis seien nur Luftnummern.

Sie beantragt - unter Berufung auf die Fürsorgepflicht des Rates für das Personal der Verwaltung - die Einstellung eines Bautechnikers / Techniker Versorgungstechnik / Gebäudetechnik / Energietechnik (Heizung / Lüftung / Sanitär) und die Aufnahme einer zusätzlichen Stelle in den Stellenplan 2016. Sie bittet, diesen Antrag an den Finanzausschuss weiterzuleiten.

Über die Punkte des Ergebnishaushaltes, über die nicht im Einzelnen beraten und beschlossen wurde, lässt der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Haskamp in der Gesamtheit abstimmen.

### **Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:**

Dem vorliegenden Entwurf des Ergebnishaushaltes 2016 des Fachbereiches III - mit Ausnahme der Punkte, über die gesondert beraten und beschlossen wurde, - wird in seiner vorliegenden Fassung zugestimmt.

## **FINANZHAUSHALT**

Da ein Großteil der im Finanzhaushalt zu diskutierenden Maßnahmen in die Zuständigkeit des ZGM fallen, erläutert der städtische Architekt Herr Hornstein dem Fachausschuss zunächst die für das Jahr 2016 geplanten Maßnahmen der laufenden Bauunterhaltung (Ergebnishaushalt) und die baulichen Investitionen (Finanzhaushalt) mit einer durch das ZGM vorgenommenen Priorisierung nach Dringlichkeit und zeitlicher Umsetzbarkeit.

Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt hierzu - unter Bezug auf die bereits angesprochen dauerhafte Überlastung des Gebäudemanagements –, dass etliche, wünschenswerte und sinnvolle Maßnahmen der Priorität III zugeordnet werden mussten, was bedeutet, dass die Umsetzung erst für die Jahre 2017 ff. möglich ist. Wenn der Wunsch besteht, dass andere bzw. mehr als die von der Verwaltung vorgesehenen Maßnahmen in 2016 umgesetzt werden sollen, müssten Maßnahmen zurückgestellt oder das Personal des ZGM zur Umsetzung aufgestockt werden.

Herr Düssler bittet darum, den 3. Bauabschnitt der Umgestaltung des Schulhofes der Regebogenschule in der Priorität vorzuziehen und schnellstmöglich abzuschließen. Hier sei man schließlich schon sehr weit gekommen.

Fachbereichsleiterin Frau Happe verweist auf ihre vorangegangenen Ausführungen und weist auf den Antrag der Realschule zur Gewährung eines Zuschusses zur Neugestaltung des Schulhofes hin. Auch dieses Vorhaben führt zu Mehrarbeit im ZGM, da zunächst die im Sanierungsbereich verlaufenden Grundleitungen überprüft und ggf. saniert werden müssten. Bei den Bauarbeiten zum Kutscherhaus sind jedenfalls Mängel an den Entsorgungsleitungen festgestellt worden. Zudem führt eine Bewilligung zu Folgeanträgen anderer Schulen. Doch auch dort gäbe es dann zum Teil unvorhergesehene Handlungsbedarfe.

Der städtische Architekt Herr Hornstein verweist dazu als Beispiel auf den Schulhof der Freiherr-vom-Stein-Schule. Hier sollte in Elterninitiative ein neues Spielgerät (Rutsche) aufgestellt werden. Bei den Bodenarbeiten wurde festgestellt, dass veraltete Leitungen viel zu dicht unter der Grasnarbe verlegt sind und auch bereits Baumwurzeln eingedrungen sind, die den Durchfluss nahezu verhindern. Die Arbeiten der Elterninitiative mussten zunächst gestoppt werden. Wenn die Leitung neu verlegt wird, muss mit einem Bagger der Schulhof aufgerissen werden. Dadurch und durch das Befahren mit schweren Baumaschinen ist der Schulhof dann jedoch so geschädigt, dass er saniert werden muss.

Fachbereichsleiterin Frau Happe ergänzt, dass daneben auch noch die Neugestaltung des Schulhofs der Grundschule Harderberg umgesetzt werden soll.

Bevor man jedoch an jeder Schule mit ersten Bauabschnitten parallel anfängt zu arbeiten, sei es sinnvoll, sich zunächst über die Handlungsbedarfe an den einzelnen Standorten einen Überblick zu verschaffen und in die Maßnahmenplanung des ZGM einfließen zu lassen.

Dann könnten die einzelnen Bauprojekte geordnet nach Priorität der Reihe nach abgearbeitet werden.

Frau Jantos verweist auf ihre Ausführung zu Beginn des Tagesordnungspunktes und erklärt, es mache wenig Sinn hier und jetzt über die Veranschlagung oder Verschiebung von Maßnahmen abzustimmen, bevor nicht geklärt ist, ob das ZGM eine solche personelle Verstärkung bekommt.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer stimmt den Ausführungen in Bezug auf den vorliegenden Antrag der Realschule Georgsmarienhütte zu und schlägt vor, diese Maßnahme der Priorität III zuzuordnen, da auch hier ggf. mit nicht unerheblichem zusätzlichem Aufwand für das Gebäudemanagement gerechnet werden muss.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer bittet darum, der Schule aber dann ein Signal zu geben, dass das dortige Engagement der Elternschaft gewürdigt wird und dass die Maßnahme nicht abgelehnt, sondern nur zeitlich geschoben wird.

Da die Schul- und Sportanlage Harderberg von der Verwaltung in die Kategorie III eingestuft worden ist, fragt Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer, ob nicht wenigstens dem Antrag des SV Harderberg auf Installation der demontierten Flutlichtmasten am Tennenplatz stattgegeben werden könnte.

Die Wiedererrichtung der demontierten Flutlichtmasten wäre als Aufwand dem Ergebnishaushalt zuzuordnen. Der städtische Architekt Herr Hornstein erklärt dazu, dass derzeit von einem Fachplaner ermittelt wird, wie und in welcher Ausführung die Masten wieder installiert werden sollten. Erst nachdem diese Bewertung vorliegt, kann eine Aussage zu den damit zusammenhängenden Kosten getroffen werden. Das ZGM wird diese Zahl zum Finanzausschuss mitteilen, so dass dort dann eine Entscheidung über die Einstellung von Haushaltsmitteln getroffen werden kann.

Herr Hornstein betont aber, dass der Fachausschuss zunächst ein Gesamtkonzept für die Gestaltung des Areals Kindertagesstätte / Sportanlage / Schule Harderberg verabschieden müsste, um die Standorte der Flutlichtmasten sinnvoll und dauerhaft festlegen zu können, bevor diese Maßnahme bei Bereitstellung der Haushaltsmittel realisiert werden könnte.

Die einzelnen Positionen des Finanzhaushaltes werden sodann durchgesprochen. In Bezug auf die Sportanlage Am Rehlberg wurde hierbei vom stellv. Ausschussvorsitzenden Dr. Hasenkamp angeregt, dass die budgetierte Maßnahme in die Priorität 1 gesetzt wird. Mit Einverständnis der Ausschussmitglieder erfolgt jedoch auf Grund der Tatsache, dass die Prioritätenliste in der SPD – Fraktion noch nicht durchgesprochen worden war, keine Abstimmung über einzelne Positionen des Entwurfs des Finanzhaushaltes 2016 des Fachbereiches III. Der Entwurf wird direkt zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss verwiesen.

**6.1. Entwurf des Fachbereichsbudgets III 2016  
- Antrag der AWO auf Refinanzierung einer Hauswirtschaftskraft  
Vorlage: MV/043/2015/1**

Auf die erfolgte Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Rahmen der Haushaltsberatungen (sh. TOP 6 - Ergebnishaushalt) wird an dieser Stelle verwiesen.

**7. Einrichtung jeweils einer Sprachlernklasse an der Regenbogenschule und der Freiherr-vom-Stein-Schule zum 01.02.2016  
Vorlage: BV/224/2015**

Ohne Beratung.

**Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:**

Die Stadt Georgsmarienhütte beantragt bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde zum 01.02.2016 die Einrichtung jeweils einer Sprachlernklasse Deutsch (DaZ-Klasse) an der Regenbogenschule und der Freiherr-vom-Stein-Schule für SchülerInnen des Primarbereiches der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Georgsmarienhütte auf der Grundlage des Antrages der Regenbogenschule vom 22.09.2015, des Antrages der Freiherr-vom-Stein-Schule vom 06.11.2015 und der Abstimmung mit den weiteren Grundschulen in Trägerschaft der Stadt.

Gleichzeitig befürwortet die Stadt Georgsmarienhütte die Einrichtung jeweils einer Stelle für eine(n) MitarbeiterIn im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) für unterstützende Tätigkeiten in der Sprachlernklasse der Regenbogenschule und Freiherr-vom-Stein-Schule und übernimmt die anfallenden Kosten.

**7.1. Einrichtung einer Sprachlernklasse an der Sophie-Scholl-Schule (Außenstelle) zum 01.02.2016  
Vorlage: BV/224/2015/1**

Ohne Beratung.

**Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:**

Die Stadt Georgsmarienhütte beantragt bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde zum 01.02.2016 die Einrichtung einer Sprachlernklasse Deutsch (DaZ-Klasse) an der Sophie-Scholl-Schule, konkret an der Außenstelle am Standort Zur Waldbühne 10, für Schülerinnen des Sek.I-Bereiches der Hauptschule in Trägerschaft der Stadt Georgsmarienhütte auf der Grundlage des Antrages der Sophie-Scholl-Schule vom 18.11.2015.

Gleichzeitig befürwortet die Stadt Georgsmarienhütte die Einrichtung einer Stelle für eine(n) MitarbeiterIn im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) für unterstützende Tätigkeiten in der Sprachlernklasse der Sophie-Scholl-Schule und übernimmt die anfallenden Kosten.

**8. Antrag der kath. Kirchengemeinde Herz-Jesu, Alt-Georgsmarienhütte, auf Bezuschussung einer Rohrsanierung bei der Kindertagesstätte St. Georg  
Vorlage: BV/205/2015**

Ohne Beratung:

**Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:**

Die Stadt Georgsmarienhütte fördert die Maßnahme der Rohrsanierung (Oberwasserkanal) bei der Kindertagesstätte St. Georg, Alt-Georgsmarienhütte, mit einem Zuschuss bis zur Höhe von max. 6.565,00 € nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Kindertagesstätten in der Stadt Georgsmarienhütte.

**9. Änderung der Richtlinien der Stadt Georgsmarienhütte über die Ehrung und Auszeichnung für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Sports**

**- abgesetzt**

**10. Beantwortung von Anfragen**

Es lagen keine Anfragen vor.

**11. Anfragen**

**11.1. Umweltgefährdung durch Gummigranulat**

Ausschussmitglied Frau Funke bittet um Auskunft, ob durch ausgeschwemmtes Gummigranulat aus der Verfüllung der Kunstrasenplätze eine Gefährdung ausgeht.

Antwort der Verwaltung:

Eine Gefahr für Mensch und Umwelt besteht nicht, da das Gummigranulat in seiner Schadstoffklassifizierung den Normen für Kinderspielzeug entsprechen muss.

**11.2. Umsetzung der Vorgaben der aktuellen Energieeinsparverordnung (EnEV) im Rathaus**

Ausschussmitglied Herr Düssler fragt an, ob die Verwaltung bereits kalkuliert habe, was die Anpassung des Rathauses an die Anforderungen der EnEV kosten würde.

Antwort der Verwaltung:

Aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten konnte dieses bislang nicht thematisiert werden. Da das Rathaus einer Eigentümergesellschaft gehört, an der die Stadt einen Anteil von rd. 69 % hält, wäre dies nur in Abstimmung mit den anderen Eigentümern möglich.

**11.3. Sachspenden bei Kindertagesstätten**

Ratsmitglied Herr Grothaus fragt an, ob Sachspenden, die den Kindertagesstätten zugeordnet sind, ins Eigentum des Trägers oder ins Eigentum der Stadt übergehen.

Antwort der Verwaltung:

Die Sachspenden (bewegliche Gegenstände) sind Eigentum des jeweiligen Trägers.

**11.4. Elternbefragung zur IGS  
- Beschluss des Rates vom 01.10.2015**

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer fragt an, wie der Sachstand zu dem Beschluss des Rates ist, ergänzend zur Elternbefragung durch den Landkreis Osnabrück zu einem möglichen IGS-Standort Georgsmarienhütte eine umfassende Informationskampagne für alle Eltern und Schüler über alle Schulformen durchzuführen.

Antwort der Verwaltung:

Dieser Beschluss des Rates wurde in seiner Gesamtheit an den Landkreis weitergeleitet.

Der stellvertretende Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Vorsitz

Happe  
i. A. Bürgermeister

Dreier      Konerding  
Protokollführung

